

# E-Mail-Newsletter

## 11. August 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

anbei unser 142. Newsletter, wie immer mit aktuellen Infos aus der Region, Deutschland und Europa sowie diversen Tipps und Terminen.

### **1. Herbsttagung "Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Europa", Bad Herrenalb**

Bitte jetzt anmelden!

### **2. Tag des Flüchtlings/Interkulturelle Woche: ein Tag bei Flüchtlingen**

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg empfiehlt, Aktionen an bzw. in den Unterkünften durchzuführen. Materialien für die Veranstaltung sind kostenlos bestellbar.

### **3. "Wahlprüfsteine"**

Vor den Bundestagswahlen wollen wir hören, wie sich unsere Bundestagskandidatinnen und -kandidaten zu verschiedenen flüchtlingspolitischen Themen äußern. Wir hoffen dabei auf Ihre Unterstützung!

### **4. Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg**

Höchste Zeit, Veranstaltungen für den Herbst und Winter zu planen. Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen gerne zu Ihnen.

### **5. Deutsch-kosovarische Rückübernahmeabkommen**

Das Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo, in dem die kosovarische Regierung zusagt, Rückübernahmeersuchen für alle kosovarischen ausreisepflichtigen Personen zu prüfen, ist noch nicht unter Dach und Fach. Dennoch sind erste Abschiebungen gelaufen, und weitere werden vorbereitet. Ragini Wahl, Beauftragte für Asyl im Ev. Kirchenbezirk Nürtingen, hat die Ereignisse der letzten Monate zusammengefasst. Wir geben außerdem die Antwort des baden-württembergischen Innenministeriums auf eine kleine Anfrage der SPD im Landtag wieder.

### **6. Deutsch-syrisches Rückübernahmeabkommen und die Folgen für yezidische Flüchtlinge**

Beitrag der Deutschen Welle vom 31. Juli

### **7. Das Rückübernahmeabkommen der EU mit Pakistan**

Noch eines dieser Rückübernahmeabkommen in Länder, wo sicherlich bezweifelt werden kann, ob die politische Situation eine Rückführung von Flüchtlingen zulässt.

### **8. Frontex und die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union**

Ein Beitrag in der Zeitschrift "Das Parlament" weist auf die Schwachstellen der EU-Flüchtlingspolitik hin

### **9. Berichte über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage des Auswärtigen Amtes**

### **10. "Newsletter Asyl", Ausgabe August 2009**

Für all diejenigen, die ihn nicht per Post erhalten.

### **11. Termine**

**Bitte beachten Sie: Es ist Urlaubszeit: Ab dem 14. August bis zum 6. September erreichen Sie uns in der**

**Geschäftsstelle persönlich nur dienstags und donnerstags!**

Ihr Reiner Klass

**1. Herbsttagung "Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Europa", Bad Herrenalb**

**Bitte melden Sie sich möglichst umgehend zu dieser Veranstaltung an!**

Zum [Programm](#).

[Online-Anmeldung](#) auf der Website der Evang. Akademie Bad Herrenalb

Flüchtlinge befinden sich weltweit in prekären Situationen. Täglich ereignen sich dramatische Szenen an den EU-Außengrenzen. In seeuntauglichen Flüchtlingsbooten riskieren Männer, Frauen und Kinder ihr Leben bei der Überfahrt in ein Land der EU. Flüchtlinge, die es geschafft haben, kommen in Aufnahmezentren oder werden inhaftiert.

Die Lager wie in Lampedusa und auf Malta sind völlig überbelegt. Die Unterbringung der Flüchtlinge geschieht unter menschenunwürdigen Bedingungen. Das Aufnahmeverfahren für besonders Schutzbedürftige entspricht selten ihren Bedürfnissen.

Auf der Tagung wollen wir der Frage nachgehen: Wie kann Flüchtlingspolitik in Europa verändert werden und was können wir dazu beitragen? Welche anderen Mittel der Gestaltung außer ordnungspolitischen sind möglich? Vorgestellt werden sollen Aktionen und Aktionsideen der europäischen Flüchtlingsbewegung. Nach den Europawahlen geht es um die Frage: Wie kann den Forderungen Ausdruck verliehen werden und wie kommt man zu einer Neuausrichtung der Standards in der EUFlüchtlingspolitik?

Flüchtlinge sind an dieser Tagung unmittelbar beteiligt, kommen zu Wort und bringen sich ein. Mit ihnen gemeinsam wollen wir auf neue Möglichkeiten eines gelingenden Zusammenlebens zugehen.

Dazu laden wir sehr herzlich nach Bad Herrenalb ein.

*Pfarrerin Annette Stepputat, Evangelische Akademie Baden*

*Ulrike Duchrow, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg*

*Dr. Manfred Budzinski, Evangelische Akademie Bad Boll*

*Karl Kopp, Pro Asyl*

**2. Tag des Flüchtlings/Interkulturelle Woche**

Die Interkulturelle Woche findet dieses Jahr vom 27. September bis zum 3. Oktober statt. Der Tag des Flüchtlings ist wie immer der Freitag in dieser Woche, in diesem Jahr also der 2. Oktober. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg empfiehlt den Initiativen vor Ort, das Thema in den Mittelpunkt von Aktionen zu stellen.

In Bayern laufen die Diskussionen schon seit Monaten: Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer hat inzwischen geäußert, dass sie sich eine Unterbringung von Asylsuchenden in Privatwohnungen gut vorstellen kann und dass für Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften eine adäquate Wohnqualität gewährleistet sein müsse. Dafür erntet sie im Vorfeld der Bundestagswahl noch massive Kritik von verschiedenen Kabinettskollegen, die sich bestenfalls auf Verbesserungen innerhalb der Lagerunterbringung einlassen wollen.

Die baden-württembergische Landesregierung entzieht sich bislang dieser Diskussion: Hier sind Flüchtlinge während ihres Asylverfahrens und im ersten Jahr nach Abschluss des Asylverfahrens mit einer Duldung verpflichtet, in einer zugewiesenen Gemeinschaftsunterkunft zu Wohnsitz zu nehmen. So schreibt es das baden-württembergische Flüchtlingsaufnahmegesetz vor. Es gibt in unserem Land 110 dieser so genannten Gemeinschaftsunterkünfte, die sich über fast alle Landkreise unseres Bundeslandes verteilen und zumeist in einem erbärmlichen Zustand sind. Den ca. 4.800 Flüchtlingen in diesen Unterkünften stehen 4,5 m<sup>2</sup> pro Person zu.

Wer einmal in einer dieser Unterkünfte war, kennt das beklemmende Gefühl, das einen beschleicht, wenn man sie betritt. Zahlreiche dieser Gemeinschaftsunterkünfte sind in desolatem Zustand, die Menschen müssen darin auf engstem Raum miteinander leben. In vielen Landkreisen stehen sie abseits des öffentlichen Lebens, abseits von Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Kindergärten ohne oder mit schlechter Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel.

Auch angesichts der geringen Zugangszahlen stellt sich immer drängender die Frage nach der Notwendigkeit dieser rigiden Lagerunterbringung. Nur noch wenige Flüchtlinge schaffen den Weg nach Deutschland: seit dem Jahr 2002 sind die Zugangszahlen um 80% gesunken und befinden sich mit knapp 15 000 Flüchtlingen im Land auf einem historischen Tiefstand. Zahlreiche Kreise haben teilweise weniger als 100 Flüchtlinge zu betreuen, was die Unterbringung pro Flüchtling insgesamt verteuert. Die Folgen sind bis zu 50% leer stehende Gemeinschaftsunterkünfte im Land bei gleich bleibenden Kosten.

Gründe gibt es also viele, der Bevölkerung zu zeigen, wo und unter welchen Umständen Asylsuchende in unserem Land leben müssen.

**Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg empfiehlt den Initiativen deshalb in der diesjährigen Interkulturellen Woche, Veranstaltungen an oder wenn möglich auch in der Gemeinschaftsunterkunft durchzuführen.**

Möglichkeiten gibt es viele:

- ein Tag der offenen Tür in der Gemeinschaftsunterkunft, ein Begegnungscafé
- Feste, Spiele bei der Unterkunft gemeinsam mit den BewohnerInnen
- Informationsveranstaltungen, -stände
- Kultur, Musik, Theater
- ...

Natürlich erhalten Sie von uns auch in diesem Jahr wieder die Materialien, Informationen, Flyer, die sie im Vorfeld und während der Veranstaltungen benötigen. Das [Bestellformular](#) dafür finden Sie auf unserer Homepage [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de). Wir bitten Sie, es möglichst schnell an uns zurückzusenden und darauf außerdem mitzuteilen, was Sie planen. Natürlich können Sie uns Ihr Vorhaben auch telefonisch (0711 5532834), per Fax (0711 5532835) oder per E-Mail ([info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)) zukommen lassen.

### **3. "Wahlprüfsteine"**

In knapp sieben Wochen finden die Bundestagswahlen statt. Höchste Zeit, auf die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag zuzugehen und zu hören, was sie eigentlich zum Thema "Flucht und Asyl" zu sagen haben.

In der beigefügten [Datei](#) haben wir die unserer Meinung nach drängenden Fragen zu acht verschiedenen Themen zusammengestellt. Diese Fragen können von Ihnen verwendet werden, wenn Sie die KandidatInnen anschreiben oder auch eine Veranstaltung mit ihnen durchführen. Antworten, die Sie an uns weiterleiten, werden von uns auf unserer Homepage [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de) veröffentlicht. Dort finden Sie die Fragen auch in einem word-Dokument aufgelistet, so dass sie den Text auch für Ihre eigenen Schreiben kopieren können.

### **4. Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg**

Wie in den Vorjahren bietet der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg eine Auswahl an kompetenten ReferentInnen an, die bereit sind, zu Ihnen zu kommen und dort an einer Veranstaltung teilzunehmen. Für die nächsten Monate nehmen wir gerne noch weitere Anfragen entgegen. Rufen Sie uns an, wenn Sie ein Thema aus unserem [Fortbildungsprogramm](#) interessiert. Wir helfen Ihnen gerne bei der Planung und Umsetzung. Die Kosten für die Anreise der Referentin/des Referenten, ihr/sein Honorar sowie die

Übernachungskosten übernimmt der Flüchtlingsrat.

## 5. Deutsch-kosovarische Rückübernahmeabkommen

Das Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo, in dem die kosovarische Regierung zusagt, Rückübernahmeersuchen für alle kosovarischen ausreisepflichtigen Personen zu prüfen, ist noch nicht unter Dach und Fach. Dennoch sind bereits erste Abschiebungen durchgeführt worden.

*Ragini Wahl, Beauftragte für Asyl im Evangelischen Kirchenbezirk Nürtingen, hat die Ereignisse der letzten Monate am 16.07.09 zusammengefasst.*

Januar 2009:

Noch ist die "Rückführung" von Roma Angehörigen in den Kosovo auf Straftäter beschränkt, die zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt 2 Jahren verurteilt wurden

Feb. 2009:

Ein **neues "Rückkehrförderangebot"** (URA 2) für Personen aus der Republik Kosovo wird vom Bundesamt für Migration, Nürnberg, beschlossen. Finanziert von den Bundesländern **BaWü**, Niedersachsen und NRW

16.03.09 - 18.03.09: In Pristina finden weitere Verhandlungen mit unserer Regierung für ein "Rückübernahmeabkommen" statt

April 2009:

werden die Länder vom Bundesministerium des Inneren angewiesen, **entsprechende Maßnahmen für ausreisepflichtige Personen vorzubereiten**. Hierzu wird u. a. vorgegeben: **Es reicht künftig die vermutete kosovarische Herkunft ohne Prüfung weiterer Voraussetzungen (somit auch nicht die ethnische Herkunft)**

Mai 2009:

Die Landkreise werden nun ebenso angewiesen, die Vorgaben des Bundes umzusetzen. Das "Rückkehrförderangebot" gilt bis zum 31.12.2009

26.05.09:

Aus Hessen/Fuldakreis wird der erste Rom in den Kosovo abgeschoben. Hier hinterlässt er seine Lebensgefährtin und zwei Kinder (1 S Jahre und 3 Wochen)

1.07.09:

Ein weiterer Rom wird aus Göttingen in den Kosovo abgeschoben. Hier hinterlässt er Frau und vier Kinder (im Alter von 12 bis 15 Jahren)

Bei beiden Abschiebungen (26.05.09 und 01.07.09) lagen keine Straftaten vor. Die ökonomische Basis ist diesen Familie nun erst Recht genommen.

### **Und in Baden-Württemberg?**

Vollzogene Abschiebungen sind aktuell noch nicht bekannt, jedoch gibt es konkrete Ausreiseaufforderungen im Landkreis Esslingen.

Im Juni 2009 argumentierte das Regierungspräsidium Stuttgart, eine Roma Familie (Eltern und 6 minderjährige Kinder) aus dem Kosovo könne ausreisen, da aus "kosovarischer Sicht Romas keine Verfolgung mehr ausgesetzt sind und damit einer Rückführung keine Sicherheitsbedenken mehr entgegenstehen".

**Das RP weiter: "Somit kann bundes- und landesweit die Rückführung der Minderheit der Roma aus dem Kosovo aufgenommen werden".**

Mit einer **Bedenkzeit von 16 Tagen** (laut Briefdatum) , werden die Betroffenen um verbindliche Mitteilung

gebeten, "ob Sie vor diesem Hintergrund grundsätzlich zu einer **freiwilligen Ausreise bereit sind oder es auf Zwangsmaßnahmen ankommen lassen wollen**".

15.07.09: Die SPD BaWü stellt einen Antrag bzw. Anfrage an den Landtag, die Rückkehrsituation für Roma aus dem Kosovo zu überprüfen

### **Innenminister Rech: "Situation im Kosovo hat sich gebessert"**

Am 30. Juni 2009 hielten sich in Baden-Württemberg noch 1.200 geduldete Roma aus dem Kosovo auf, ca. 3.000 weniger als Ende 2004. In der Antwort des baden-württembergischen Innenministers Rech auf den Antrag der SPD-Abgeordneten Nikolaos Sakellariou u. a. wird weiter betont, dass es keinen Grund gebe, auf die Rückführung von Roma ins Kosovo zu verzichten. Schließlich sei durch die Verfassung die Europ. Menschenrechtskonvention für direkt anwendbar erklärt worden. Auch aus Sicht des Europarates habe sich die Situation verbessert.

Die [Stellungnahme des Innenministeriums zum Abgeordneten Antrag](#) haben wir als pdf-Datei an dieses Mail angehängt.

## **6. Deutsch-syrisches Rückübernahmeabkommen und die Folgen für yezidische Flüchtlinge**

### **Die Yeziden - eine Geheimreligion?**

Flüchtlinge aus Syrien sollen in großem Stil aus Deutschland abgeschoben werden. Betroffen sind vor allem die Yeziden. Diese seien nicht bedroht, meinen die Gerichte. "Zynisch" finden das die Yeziden selbst.

Seit Anfang Januar 2009 gilt das deutsch-syrische Rückführungsabkommen. Die Vereinbarung zwischen den beiden Staaten vereinfacht es, bundesweit etwa 7000 geduldete Flüchtlinge abzuschicken. Der niedersächsische Landkreis Ammerland hat erste Aufforderungen zur Ausreise verschickt. Betroffen sind überwiegend Yeziden.

### **Doppelt verfolgt**

Yeziden sind von der Volkszugehörigkeit Kurden und leben heute im Irak, in Syrien, in der Türkei, im Iran sowie in den ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Georgien und Russland. Vor allem aus der Türkei und aus Syrien sind Yeziden nach Westeuropa geflohen, weil sie wegen ihrer Ethnie und wegen ihrer Religion verfolgt werden.

Die Ursprünge des Yezidentums liegen etwa 4000 Jahre zurück. Im Mittelpunkt des yezidischen Glaubens steht der Erzengel Taus-i Melek. Er wird als Stellvertreter Gottes auf Erden verehrt und als Pfau symbolisiert. Yezide kann nur sein, wer als Kind yezidischer Eltern geboren wird. Für fanatische Muslime sind Yeziden Sektierer, die zwangsweise bekehrt oder vernichtet werden müssen.

### **Lebensgefährlicher Alltag**

Die Gesellschaft für bedrohte Völker berichtet, dass Yeziden wie anderen Kurden in Syrien alle sprachlichen und kulturellen Rechte vorenthalten würden. Wer sich friedlich für Bürgerrechte engagiere, müsse mit willkürlicher Inhaftierung und Folter oder sogar Verschleppung und Ermordung rechnen. Das Yezidische Forum Oldenburg in Niedersachsen hat Beispiele alltäglicher Verfolgung in Syrien dokumentiert. Die Bandbreite reiche von Mord, Körperverletzung, Landraub und beruflicher Diskriminierung bis zur Zwangsteilnahme am Islamunterricht, sagt der Vorsitzende des Zentralrats der Yeziden in Deutschland, Telim Tolan.

### **Kurswechsel deutscher Gerichte**

Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen beklagen, dass Gerichte seit einiger Zeit die in Syrien bedrohliche Situation für Yeziden verharmlosten. So vertritt etwa das für Niedersachsen zuständige Obergericht Lüneburg die Auffassung, das Yezidentum sei eine Geheimreligion, die nicht öffentlich ausgeübt werden müsse. Das Gericht folgere daraus, dass die Religionsfreiheit nicht gefährdet und eine besondere Schutzbedürftigkeit für Yeziden nicht bestehe, erläutert der Oldenburger Rechtsanwalt

Ekkehard Hausin. "Zynisch", nennt der Zentralrat der Yeziden diese Argumentation. Sie verwechsle Ursache und Wirkung. "Wer um Leib und Leben fürchten muss, tritt nicht öffentlich in Erscheinung", sagt Vorsitzender Tolan.

#### Humanitäre Fehlentscheidung

Im Niedersächsischen Landkreis Ammerland sind 100 Flüchtlinge vom deutsch-syrischen Rückführungsabkommen betroffen. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Oldenburg kritisiert die Engherzigkeit der Ausländerbehörde. Beispiele aus anderen Landkreisen zeigten, dass in vergleichbaren Fällen die Flüchtlinge ein Bleiberecht bekommen hätten, betont der für Migrationsarbeit zuständige Mitarbeiter Theo Lampe. Aufgebracht ist Lampe vor allem wegen der betroffenen Kinder, die hier aufgewachsen und integriert sind und fragt: "Ist es richtig, dass der Staat so eingreift, dass die Kinder jegliche Zukunftsperspektive verlieren?"

(Quelle: [www.dw-world.de](http://www.dw-world.de), 31.07.2009)

### 7. Das Rückübernahmeabkommen der EU mit Pakistan

Am 4. Juni 2009 hat der Rat der europäischen Innen- und Justizminister das Rückübernahmeabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Pakistan verabschiedet. Dieses Abkommen enthält nicht nur Regelungen zur Rückübernahme von Staatsangehörigen der Vertragsparteien, sondern auch Bestimmungen zur Rückübernahme von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen (u. a. aus den Nachbarstaaten von Pakistan).

[BT-Drs 16-13779, Antw. BReg, Rückübernahmeabkommen Pakistan u. a.](#)

Neben detaillierten Antworten auf Fragen zum Rückübernahmeabkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Pakistan enthält die Antwort

- eine aktuelle Aufzählung der abgeschlossenen und derzeit verhandelten Rückübernahmeabkommen der EU und der Bundesrepublik Deutschland,
- Informationen über die (Nicht-)Beteiligung von Menschenrechtsorganisationen und UNHCR und
- eine Erläuterung zu Unterschieden und zum Rangverhältnis von Rückübernahmeabkommen der EU und Deutschland. (KD)

[Liste aller bestehenden Rückübernahmeabkommen](#) (Stand August 2008) auf der Website des Bundesinnenministeriums.

### 8. Frontex und die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union

#### Fließende Grenze, scharf bewacht

*Die Grenzschutzagentur Frontex wird kritisiert. Doch sie verdeutlicht das Dilemma der Flüchtlingspolitik*

Von Mirjam Stöckel

Das ist die organisierte Verantwortungslosigkeit." Wiebke Hennigs Stimme klingt ärgerlich, wenn sie über die EU-Grenzschutzagentur Frontex spricht. Wiebke Hennig ist asylpolitische Referentin bei Amnesty International Deutschland - und sie ist mit ihrer Meinung nicht allein. Auch Hendrik Cremer, wissenschaftlicher Referent für Migration beim Deutschen Institut für Menschenrechte, übt sehr grundsätzliche Kritik an der Agentur, die die Zusammenarbeit der EU-Staaten beim Schutz der Außengrenzen koordiniert: "Aus menschenrechtlicher Perspektive dürfte es gar keine Einsätze unter Frontex geben."

#### Schwere Vorwürfe

Frontex: Für Menschenrechtsorganisationen und andere Kritiker ist dieser Name das Synonym für eine verfehlte Einwanderungspolitik der Europäischen Union. Die EU-Agentur, dessen Name eine Abkürzung des französischen "Frontières extérieures" (Außengrenzen) ist, wurde 2005 eingerichtet. Vom polnischen

Warschau aus sollen etwa 200 Mitarbeiter den Grenzschutz der EU-Mitgliedstaaten koordinieren. Frontex führt aber auch eigene Operationen in Zusammenarbeit mit nationalen Grenzschützern durch. Das Mittelmeer ist wegen der vielen Flüchtlinge, die es überqueren wollen, eine Schwerpunktregion. Menschenrechtler haben der Grenzschutzagentur in der Vergangenheit immer wieder schwere Menschenrechtsverletzungen angelastet. Bei Frontex-Einsätzen, so der Vorwurf, seien Flüchtlingsboote zur Rückkehr an die afrikanische Küste gezwungen worden - statt dass die Menschen sicher ans europäische Festland geleitet worden wären und dort Zugang zu einem regulären Asylverfahren bekommen hätten. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl sammelte im Sommer 2008 die Aussagen afghanischer Flüchtlinge auf der griechischen Insel Lesbos vor der türkischen Küste. Ein afghanischer Flüchtling berichtete, dass die Küstenwache ihr Boot aufgegriffen hatte und die Flüchtlinge vor der türkischen Küste in einem Schlauchboot aussetzte. Als es unterging, ertrank einer seiner Reisegefährten. Zu dieser Zeit fand eine gemeinsame Operation der griechischen Küstenwache und Frontex statt.

Monika Lücke, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, kritisierte vor Kurzem, dass ein deutscher Hubschrauber, der an einer Frontex-Mission vor Malta teilnahm, dazu beitrug, dass ein Flüchtlingsboot "nach Libyen abgeschoben wurde". Solches Vorgehen, darin sind sich die Kritiker einig, verstößt eindeutig gegen Völkerrecht: "Die Europäische Menschenrechtskonvention, die Genfer Flüchtlingskonvention, die EU-Grundrechte - sie alle beinhalten das Verbot der Zurückweisung", sagt Hendrik Cremer. Dabei sei es unerheblich, ob die Flüchtlinge auf hoher See oder nahe der Küste aufgegriffen würden: "Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz beginnt nicht erst auf dem Territorium der EU, sondern dort, wo die EU oder einzelne Mitgliedstaaten Hoheitsgewalt ausüben."

Frontex selbst wehrt sich gegen die Vorwürfe, dass im Rahmen von Frontex-Einsätzen Boote von Flüchtlingen zerstochen oder ihr Treibstoff kassiert werde: "Ich kann nur über diejenigen Einsätze sprechen, die von Frontex koordiniert werden. Aber solche Praktiken werden während dieser Einsätze nicht angewandt", sagt Frontex-Vizedirektor Gil Arias-Fernandez. Die Agentur sei an das Prinzip gebunden, Menschen in Not auf hoher See zu retten. "Was wir in der Tat beobachtet haben, ist: Wenn sich eine Patrouille nähert, zerstückt ein Schiffsführer mit Flüchtlingen an Bord ganz bewusst sein eigenes Boot, um sich retten zu lassen." Auch EU-Abgeordnete nehmen Frontex gegen Kritik in Schutz: "Frontex ist eine junge Agentur, die mit fast übermenschlichen Erwartungen überfrachtet wurde", sagt Manfred Weber (CSU). "Frontex ist derzeit einfach überfordert - in einigen Bereichen beispielsweise fehlt es an geschultem Personal", findet Alexander Alvaro (FDP). In Teilen sei die harte Kritik nicht gerechtfertigt, sagt auch Wolfgang Kreissl-Dörfler (SPD). "Frontex ist eine Durchführungsagentur. Auf den Schiffen herrscht nationale Hoheitsgewalt - und Frontex hat gegenüber nationalen Grenzschützern keine Weisungsbefugnis." Was Kreissl-Dörfler genauso wie Alvaro bemängelt: Bislang hat das Europäische Parlament nur eine reine Haushaltskontrolle über Frontex. Das ist zu wenig, findet Alvaro: "Eine inhaltliche Kontrolle von Frontex durch das EU-Parlament wäre wichtig."

### Nationale Egoismen

Das Beispiel Frontex führt Schwachstellen und das grundsätzliche Dilemma der EU-Flüchtlingspolitik so deutlich vor Augen wie kein anderes: Auch wenn sich die 27 Mitgliedstaaten seit Jahren um einen abgestimmten und menschenrechtskonformen Umgang mit Flüchtlingen vor Europas Grenzen und auf europäischem Boden bemühen - letztlich scheitern sie immer wieder an nationalen Egoismen. So sorgt der in einer EU-Verordnung verankerte Grundsatz, dass Flüchtlinge nur in demjenigen Staat einen Asylantrag stellen können, in dem sie ankommen, dafür, dass Länder wie Italien, Malta und Griechenland versuchen, ihre Meeresgrenzen möglichst dicht abzuschotten. Nach UN-Angaben versuchten im Jahr 2008 mehr als 67.000 Menschen allein über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. "Auf den EU-Außenstaaten lastet ein großer Druck", so Hennig. Sie übernehmen den "Türsteher-Job" für Europa - gemeinsam mit den Transitstaaten in Nordafrika, die von der EU mehr und mehr für harte Flüchtlings-Kontrollen in die Pflicht genommen würden.

Einige EU-Staaten fühlen sich überfordert: "Es ist an der Zeit, dass wir mehr Solidarität von den anderen Mitgliedsländern bekommen", sagte Zyperns Innenminister Neoklis Sylikiotis. Er fordert verbindliche Zusagen anderer Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen und seinen Inselstaat zu entlasten. Bislang hatten die 27 Staaten lediglich vereinbart, dies auf freiwilliger Basis zu tun. Doch Flüchtlinge aufzunehmen,

unterzubringen und Asylanträge zu bearbeiten, kostet Zeit und Geld. Auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) verwies eilig auf die hohe Flüchtlingszahl aus Ex-Jugoslawien, die Deutschland in den 1990ern aufgenommen habe.

(Quelle: Das Parlament, Ausgabe 32-33 v. 3.08.09)

## **9. Berichte über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage des Auswärtigen Amtes**

### **Syrien, Togo, Türkei, Tunesien, Vietnam.**

Bitte beachten Sie: Diese Berichte dürfen von uns nur an AusländerInnen, die im Rahmen eines asylrechtlichen Verfahrens um Abschiebungsschutz nachsuchen bzw. deren RechtsanwältInnen/BeraterInnen weitergegeben werden, wenn im Verfahren Umstände geltend gemacht werden, zu denen im Bericht Aussagen enthalten sind. Falls Sie als Flüchtling oder BeraterIn einen der Berichte benötigen, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle.

## **10. "Newsletter Asyl", Ausgabe August 2009**

In unserem neuen "[Newsletter Asyl](#)" finden Sie unter anderem Informationen zur Interkulturellen Woche 2009, zu den Themen Altfallregelung und Resettlement sowie zu den gegenwärtigen Entwicklungen in Griechenland und dem Kosovo. Außerdem haben wir wieder einige Lesetipps und aktuelle Termine zusammengestellt.

Unsere Mitglieder und AbonnentInnen erhalten den "Newsletter Asyl" in diesen Tagen per Post.

## **11. Termine**

### **Plenum des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:**

07.11.2009

### **Herbsttagung des Flüchtlingsrates B.-W. in Bad Herrenalb:**

18.-20.09.2009: Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Deutschland. Analysen und Strategien. Siehe Punkt 1.

### **Weitere Termine in Baden-Württemberg:**

**17.09.2009, Heidelberg: Zerrin Konur/Anna K. Wolf (Rechtsanwältinnen): Rechte türkischer Staatsangehöriger:** 6. Abend einer (kostenlosen) Vortragsreihe zum Migrationsrecht. TeilnehmerInnen werden um Voranmeldung gebeten unter Tel. 06221 8936184. Weitere geplante Themen: Niederlassungserlaubnis (8.10.), Ausweisung (12.11.), Duldung (10.12.)

**29.11.-1.12.2009, Bad Boll, Ev. Akademie: Tagung Traumatherapie und gesellschaftliches Umfeld.** [Weitere Informationen.](#)

### **Sonstige Termine, bundesweit:**

27.09.-3.10.2009: Interkulturelle Woche

02.10.2009: Tag des Flüchtlings

08.-18.11. 2009: Ökumenische Friedensdekade: "Mauern überwinden". [Weitere Informationen.](#)

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen" und [Terre des Femmes-Fahnenaktion.](#)

10.12.2009: Tag der Menschenrechte